

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Straßen, Wege und Feuerlöschwesen

am Mittwoch, dem **30.09.2020**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 vom 26.08.2020**
- 4. Bericht über die Sitzung der Unfallkommission für den Landkreis Friesland; hier: Verkehrsunfallgeschehen, bezogen auf den Bereich der Gemeinde Sande
Vorlage: 152/2020**
- 5. Verkehrssituation im Bereich der Umfangstraße
Vorlage: 154/2020**
- 6. Verkehrssituation im Bereich der Jeverschen Straße, Dieksteelstraße
Vorlage: 153/2020**
- 7. Verkehrssituation im Bereich der Gießereistraße/Industriestraße
Vorlage: 155/2020**
- 8. Ausweisung der Gemeindestraße An der Wurt als verkehrsberuhigte Straße bzw. Spielstraße
Vorlage: 156/2020**
- 9. Verkehrssituation in den Einmündungsbereichen Hauptstraße/Kolkweg und Hauptstraße/Schlackenweg
Vorlage: 157/2020**
- 10. Ergebnisse weiterer Viacountmessungen
Vorlage: 158/2020**
- 11. Rückbau von Pflanzkästen
Vorlage: 145/2020**
- 12. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Beigeordneter Frank David
Ratsherr Peter de Boer als Ausschussvorsitzender
Ratsherr Hermann Kleemann
Ratsherr Andreas Tieste
Ratsherr Uwe Wispeler

Zuhörer/in

1. stellv. Bürgermeister Michael Ramke

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann ab TOP 12
Verwaltungsfachangestellter
Hans-Hermann Tramann
Verwaltungsfachangestellte Ruth Jürgens als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr de Boer, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Das als Zuhörer anwesende Ratsmitglied gab zur Kenntnis, dass die Anwohner der Diekstaßstraße aufgrund der derzeitigen Coronasituation von einer gemeinsamen Teilnahme an der Sitzung abgesehen haben, und er, ebenfalls Anwohner der Diekstaßstraße, auch gleichzeitig stellvertretend für die Anwohner zugegen ist.

Der Ausschussvorsitzende sprach sich anerkennend bezüglich dieser umsichtigen Entscheidung aus.

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 vom 26.08.2020**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Bericht über die Sitzung der Unfallkommission für den Landkreis Friesland; hier: Verkehrsunfallgeschehen, bezogen auf den Bereich der Gemeinde Sande**
Vorlage: 152/2020

Die Verwaltung nahm Bezug auf den Bericht über die Sitzung der Unfallkommission für den Landkreis Friesland, hier auszugsweise für den Bereich der Gemeinde Sande.

Allgemein ist die verstärkte Unfallbeteiligung der Altersgruppe der über 65jährigen sowie eine steigende Anzahl der älteren Verkehrsteilnehmer, insbesondere Radfahrer mit E-Bikes, zu verzeichnen. Hier ist es geboten, die Verkehrsraumgestaltung zu optimieren.

Die Unfallentwicklungszahlen weisen den Kreisel „Sander Ei“ nach wie vor als deutliche Unfallhäufungsstelle aus. In den Jahren 2017 – 2019 ereigneten sich hier 16 Verkehrsunfälle, wobei sich als Unfallschwerpunkt der Verkehr aus Richtung Zetel kommend bzw. Fahrtrichtung Zetel darstellt. Hier ist eine Optimierung dringend erforderlich, speziell für Radfahrer. Die Einmündungsbereiche müssen optisch deutlicher gemacht werden. Die Straßenbauverwaltung hat Umgestaltungsvorschläge erarbeitet, die Mitte Oktober vorgestellt und erörtert werden sollen.

Zur Verkehrssituation im Bereich der Einmündungsbereiche Hauptstraße / Am Markt und Hauptstraße / Dollstraße wurde befunden, zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten.

Von einem Ausschussmitglied wurde begrüßt, dass die Variante einer alleinigen Lenkung des Fußgänger- und Radfahrerverkehrs über die Querung „Sander Berge“ nicht weiter präzisiert wurde und eine Lösung im Rahmen der für Mitte Oktober vorgesehenen Umgestaltungsvorschläge erwartet. Für die Hauptstraße wurde ein Konzept als dringend erforderlich erachtet. Es käme oft zu gefährlichen Situationen durch Autofahrer bei der Geh- und Radwegüberwegung. Der Radverkehr nimmt zu und der einseitige Radweg an der Hauptstraße ist für die in beiden Richtungen fahrenden Fahrradfahrer sowie auch im Hinblick auf die daneben laufenden Fußgänger zu schmal.

Ein weiteres Ausschussmitglied bestätigte die Ausführungen und sah auch ein Problem darin, dass ältere Personen teilweise nicht ausreichend in der Lage sind, ein E-Bike zu führen.

Der Bürgermeister sah hierin eine gesellschaftspolitische Thematik. Die E-Bikes fahren und bremsen schneller. Zu überdenken wäre ein Angebot von der Gemeinde an Senioren, ein Fahrtraining zu absolvieren.

Ein Ausschussmitglied wies darauf hin, dass bereits schon solche Kurse angeboten, diese aber nicht angenommen wurden.

Von einem Ausschussmitglied wurde der Vorschlag unterbreitet, im Rahmen der DE-Planung einen beidseitigen Radweg mit einzuplanen. Ein 1 m breiter Bereich für Radfahrer könnte mittels einer gestrichelten Linie abgegrenzt werden. Autofahrer könnten den Bereich befahren, sofern kein Radfahrer da ist. Entlang der Hauptstraße müsste ein Halteverbot ausgewiesen werden. In großen Städten würde dies bereits umgesetzt und funktionieren.

Von einem Ausschussmitglied wurde dieser Lösungsvorschlag negativ bewertet, da die Autofahrer vermutlich direkt an der Linie fahren würden, ohne die Geschwindigkeit zu reduzieren, und den Abstand von 1,50 m nicht einhalten würden.

Von der Verwaltung wurde auf die von der Stadt Jever in Zusammenarbeit mit dem ADFC angestoßene Bürgerbeteiligung zum Thema Radwege hingewiesen. Eine entsprechende Umfrage wäre auch für die Gemeinde Sande denkbar, in der die öffentliche Meinung zur allgemeinen Verkehrsplanung für das Gemeindegebiet insgesamt erfragt und anschließend in die Beratungen mit aufgenommen werden könnte.

Der Vorschlag wurde im Fachausschuss positiv zur Kenntnis genommen.

Abschließend äußerte sich ein Ausschussmitglied, zunächst die Vorschläge der Kommission abzuwarten.

5. Verkehrssituation im Bereich der Umfangstraße **Vorlage: 154/2020**

Seitens des Bürgermeisters wurden eingangs die Anschaffung des Messgerätes und die daraus resultierenden Messergebnisse als sinnvolles und positives Instrument bewertet.

Von der Verwaltung wurde auf die bereits mehrfach zu diesem Thema erfolgten Beratungen in den Gremien Bezug genommen.

Zur Aktualisierung der Daten zur Verkehrssituation wurden weitere Viacountmessungen vorgenommen, wobei nicht alle Messungen aufgrund von Defekten des Messgerätes ausgewertet werden konnten. Die vorliegenden Messergebnisse sind als unauffällig einzustufen und nicht zu beanstanden, so dass aus Sicht der Verwaltung eine weitreichendere Intensivierung/Ergänzung verkehrsberuhigender Anlagen im Bereich der Um-

fangstraße entbehrlich sind. Gleichwohl wird die Verkehrssituation weiter beobachtet und die Gremien entsprechend unterrichtet werden.

Von einem Ausschussmitglied wurde der Anteil der Lkw als auffällig befunden und in diesem Zusammenhang auf die beiden gewichtsbeschränkten Brücken hingewiesen.

Von der Verwaltung wurde hierzu mitgeteilt, dass das Gerät sich an der Länge des Gesamtfahrzeuges orientiert und dies ein kleines Manko bei der Einordnung der jeweiligen Fahrzeugtypen darstellt. Zu vermuten ist eine hohe Zahl von Zustelldiensten und Nutzung der Straße als Abkürzung von und zu einem Wilhelmshavener Baumarkt.

Die SPD-Fraktion sprach sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Beschlussvorschlag:

Eine weitreichendere Intensivierung / Ergänzung verkehrsberuhigender Anlagen im Bereich der Umfangstraße wird aktuell nicht veranlasst.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssituation weiterhin zu beobachten und in unregelmäßigen Zeitabständen Viacountmessungen durchzuführen. Über die Ergebnisse sind die zuständigen Gremien zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Verkehrssituation im Bereich der Jeverschen Straße, Diekstuhlstraße
Vorlage: 153/2020**

Die Verwaltung nahm eingangs Bezug auf die bereits zu diesem Thema erfolgten Beratungen in den zuständigen Gremien. Die Verwaltung war beauftragt worden, die Möglichkeit der Ausweisung dieser Straßen als Anliegerstraßen zu prüfen und mit den Fachbehörden zu erörtern. Für eine abschließende Beurteilung wurden weitere Viacountmessungen durchgeführt.

Im Ergebnis konnte ein auffällig hoher Durchgangsverkehr mit einem hohen Anteil an Lkw-Verkehr bestätigt werden. Die festgestellten Geschwindigkeitsübertretungen bewegten sich im normalen Bereich.

Seitens der Verwaltung wurde aufgrund der vorliegenden Verkehrssituation zur Beratung vorgeschlagen, die Verwaltung zu beauftragen, die Ausweisung der beiden Straßen als Anliegerstraßen zu beantragen.

Seitens der Gruppe Grüne/FDP wurde die Ausweisung der Jeverschen Straße sowie der Diekstuhlstraße befürwortet. Die vorliegenden Zahlen bestätigen den großen Anteil an Durchgangsverkehr, insbesondere auch an großen Fahrzeugen, in dem Wohngebiet. Kontrollen sollten durchgeführt werden.

Von der SPD-Fraktion wurde den Ausführungen beigeplichtet und dem Beschlussvorschlag zugestimmt.

Die CDU-Fraktion sprach ebenfalls ihre Zustimmung aus.

Der Fachausschuss sprach sich übereinstimmend dafür aus, die Verwaltung mit der Beantragung zu beauftragen und den entsprechenden Beschlussvorschlag zu fassen.

Das als Zuhörer anwesende Ratsmitglied sprach stellvertretend für die Anwohner der Diekstuhlstraße seinen Dank bezüglich dieser Entscheidung aus und hob noch einmal hervor, dass die Masse an Durchgangsverkehr das Problem birgt. Es wurde angeregt, nach Ausweisung der Anliegerstraßen evtl. durch Aufstellen von „Papp-Polizisten“ auf die geänderte Verkehrssituation hinzuweisen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausweisung der Jeverschen Straße sowie der Diekstuhlstraße als Anliegerstraße gegenüber der zuständigen Fachbehörde zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Verkehrssituation im Bereich der Gießereistraße/Industriestraße Vorlage: 155/2020

Die Verwaltung wies eingangs auf die vorgelegte Tischvorlage hin, die dieser Niederschrift **als Anlage** beigelegt ist, die die Ergebnisse der durchgeführten Verkehrszählungen im Bereich Gießereistraße/Industriestraße einschließlich der aktuellen Zählung vom Vortag aufzeigt.

Von der Verwaltung wurde Bezug genommen auf die bisher zu diesem Thema in den Gremien erfolgten Beratungen.

Zur abschließenden Bewertung der Verkehrssituation wurden weitere Viacountmessungen sowie „händische“ Verkehrszählungen vorgenommen. Im Ergebnis bestätigte sich die Vermutung, dass die Fahrtroute Gießereistraße/Industriestraße von zahlreichen Verkehrsteilnehmern insbesondere in den Morgen- und Abendstunden als Abkürzungsmöglichkeit genutzt wird. Erschreckend ist die Tatsache, dass innerhalb eines kurzen Messzeitraumes von drei Tagen elf Fahrzeuge mit einer Geschwindigkeit über 90 km/h registriert wurden. Das Verhalten dieser Verkehrsteilnehmer ist als unverantwortlich anzusehen. Die Eingabe der Anwohner ist begründet.

Seitens der Verwaltung wurde von daher aufgrund der vorliegenden Verkehrssituation zur Beratung vorgeschlagen, die Verwaltung zu beauftragen, die Ausweisung der Gießereistraße und der Industriestraße als Anliegerstraßen zu beantragen.

Von einem Ausschussmitglied wurden Bedenken bezüglich der Richtigkeit der gemessenen hohen Geschwindigkeiten geäußert.

Von der Verwaltung wurde die Zuverlässigkeit der Messdaten bestätigt.

Seitens der Gruppe Grüne/FDP wurde das Verhalten der Schnellfahrer missbilligt, die durch ihre Fahrweise die Anwohner und ihre Kinder gefährden. Die Zahlen belegen, dass hier schnell reagiert werden muss, so dass die Ausweisung als Anliegerstraße befürwortet wird. Entsprechende Kontrollen sind erforderlich.

Die SPD-Fraktion sprach sich angesichts des vorliegenden Ergebnisses ebenfalls für eine schnelle Reaktion und daher Ausweisung als Anliegerstraße aus.

Die CDU-Fraktion schloss sich dem an.

Der Fachausschuss sprach sich übereinstimmend dafür aus, die Verwaltung mit der Beantragung zu beauftragen und den entsprechenden Beschlussvorschlag zu fassen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausweisung der Gießereistraße sowie der Industriestraße als Anliegerstraße gegenüber der zuständigen Fachbehörde zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Ausweisung der Gemeindestraße An der Wurt als verkehrsberuhigte Straße bzw. Spielstraße Vorlage: 156/2020

Die Verwaltung nahm Bezug auf die vorliegende Eingabe der Anwohner der Straße An der Wurt, diese Straße als verkehrsberuhigter Bereich (hier: Spielstraße) bzw. eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit (50 km/h) auszuweisen.

Die Straße An der Wurt mit Wendehammer ist ähnlich einer Stichstraße. Ein Gehweg ist nicht vorhanden. Zu vermuten ist eine erhöhte Geschwindigkeit teilweise durch das Fahrverhalten von Anwohnern selbst oder durch Lieferverkehre.

Um die tatsächliche Verkehrssituation bewerten zu können, wird vorgeschlagen, eine Viacountmessung vorzunehmen und diese als Grundlage zur weiteren Erörterung mit den zuständigen Fachbehörden zu nehmen. Das Ergebnis wird dann in der nächsten Fachausschusssitzung vorgestellt und zur Beratung gegeben.

Ein Ausschussmitglied bezog sich auf die Verkehrsplanung der Gemeinde, Wohngebiete sowieso als Tempo-30-Zonen einzurichten und stellte in Frage, ob den Anwohnern bewusst sei, dass bei einer Ausweisung als Spielstraße ein Parken auf der Straße nicht mehr möglich ist. Seitens der Verwaltung wurde ausgeführt, dass für den Falkenweg die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h bestehen bleibt. Die Ausweisung der Seitenstraßen rechts des Falkenweges als Tempo-30-Zone ist nicht enthalten und muss geprüft werden.

Der Fachausschuss sprach sich übereinstimmend für die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise aus.

9. Verkehrssituation in den Einmündungsbereichen Hauptstraße/Kolkweg und Hauptstraße/Schlackenweg
Vorlage: 157/2020

Die Verwaltung nahm Bezug auf die bereits diesbezüglich im Fachausschuss geführte Beratung. Dem Vorschlag der Verwaltung, den Bewuchs zu entfernen, um eine Optimierung der Übersichtlichkeit zu erreichen, wurde derzeit nicht gefolgt. Eine vergleichbare Situation ist auch im Einmündungsbereich Hauptstraße/Schlackenweg gegeben. Da Unfallzahlen aus den betreffenden Einmündungsbereichen nicht bekannt sind, wird eine dringende Notwendigkeit zur Entfernung des Bewuchses nicht gesehen, zudem auch eine erhöhte Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer gefordert ist. Zunächst sollte die Projektplanung „Radverkehrsanlagen an der K 294/Hauptstraße“ des Landkreises Friesland abgewartet werden.

Ein Ausschussmitglied sah in den zugeparkten Parkstreifen das größere Sichtproblem.

Beschlussvorschlag::

Die Beseitigung des im Bereich der Seitenstreifen der Hauptstraße in Höhe der Einmündungen Hauptstraße / Kolkweg sowie Hauptstraße / Schlackenweg vorhandenen Bewuchses wird b.a.w. nicht umgesetzt.

Zunächst ist die Projektplanung des Landkreises Friesland „Radverkehrsanlagen an der K 294 / Hauptstraße“ abzuwarten.

Sofern sich zwischenzeitlich eine Verschlechterung der allgemeinen Verkehrssituation in den genannten Einmündungsbereichen ergeben sollte, ist über die Angelegenheit erneut in den zuständigen Gremien zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Ergebnisse weiterer Viacountmessungen
Vorlage: 158/2020

Die Verwaltung erläuterte, dass auf den Hinweis des Bürgervereins Dykhausen auf vermehrte, nicht unerhebliche Geschwindigkeitsüberschreitungen durch Fahrzeuge in der Ortsdurchfahrt Dykhausen, an unterschiedlichen Standorten im Bereich der Ortsdurchfahrt Viacountmessungen durchgeführt wurden. Im Ergebnis wurde auf gerader Strecke teilweise mit höherer Geschwindigkeit, im Kurvenbereich nicht schneller gefahren. Insgesamt liegt der Anteil der Geschwindigkeitsübertretungen aber in einem vertretbaren Umfang, so dass die Notwendigkeit weiterer verkehrsregelder Maßnahmen nicht bestätigt wird.

Auffällig ist ein vergleichsweise hoher Anteil der Fahrzeugklassen Transporter/Lkw/Lastzüge, der die Vermutung nahelegt, dass die Strecke als Abkürzung Richtung Schortens/Jever genutzt wird.

In diesem Zusammenhang wurde auf die gewichtsbeschränkte Kanalbrücke hingewiesen, an der im Oktober Sanierungsarbeiten durchgeführt werden.

Die Ausführungen der Verwaltung wurden im Fachausschuss zur Kenntnis genommen.

11. Rückbau von Pflanzkästen
Vorlage: 145/2020

Ein Ausschussmitglied wies auf den 2014 gemachten Vorschlag hin, die Pflanzkästen in der Umfangstraße durch begrünte Pflanzbeete zu ersetzen, um so weiterhin eine Verkehrsberuhigung zu erreichen.

Wie der vorliegende Zustandsbericht Pflanzkästen beinhaltet, wird als Ersatz des maroden Pflanzkübels Umfangstraße 22 ein Bord gesetzt und als Rasenfläche angesät.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt 6 weitere Pflanzkästen entsprechend den Vorschlägen aus dem Jahr 2014 zu demontieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Von einem Ausschussmitglied wurde mitgeteilt, dass der im Bereich Cäciliengroden aufgebrachte sehr grobe Rollsplitt zwischenzeitlich entfernt wurde.

- b) Ein Ausschussmitglied kritisierte die Äußerungen eines CDU-Ratsmitgliedes im Rat bezüglich des Beschlusses über die Aufhebung der Nutzung des Rad- und Gehweges für Radefahrer entlang der Horster Straße zwischen dem Einmündungsbereich B 436 bis Ortseingang Neustadtgödens und hob hervor, dass der Beschluss einvernehmlich gefasst wurde.
- c) Von einem Ausschussmitglied wurde die für Fußgänger und Radfahrer eingerichtete Überquerung der Baustelle am Bahnhof Sande bemängelt, die durch die dort befindlichen Tonnen und Bauzäune insbesondere für Radfahrer eine Gefahrenquelle darstellt. Die Verwaltung sagte zu, diesbezüglich Kontakt mit der Bahn aufzunehmen.
- d) Weiter wurde von einem Ausschussmitglied berichtet, dass die Überquerung der Baustelle Bahnhof Sande von der Bahn infolge von Bauarbeiten bei Bedarf geschlossen wird, so dass Radfahrer über die Brücke ausweichen müssen. Hier sollten andere Lösungen gefunden werden.
- e) Ein Ausschussmitglied wies auf die derzeitigen Abrissarbeiten im Erlenweg im Rahmen des Neubaus einer Kindertagesstätte und den dort stattfindenden Schwerlastverkehr hin, infolge dessen Straßenschäden nicht auszuschließen sind, und bat um Auskunft inwieweit es diesbezüglich Begrenzungen gibt. Die Verwaltung bestätigte den Sachverhalt und teilte mit, dass Kontakt mit dem Landkreis Friesland aufgenommen wurde und seitens der Baufirma zwischenzeitlich die erforderlichen Ausnahmegenehmigungen mit Auflagen für das Befahren gewichtsbeschränkter Straßen nachgeholt wurden. Sofern durch den Lastverkehr Beschädigungen an den Straßen entstehen, sind diese gegenüber der Gemeinde zu ersetzen.
- f) Es wurde darauf hingewiesen, dass das Ortshinweisschild „Cäcilien-groden“ an der Südstraße abgängig ist und ersetzt werden sollte.
- g) Der Bürgermeister gab zur Kenntnis, dass sich die Verkehrsführung im Bereich der neuen Filiale Müller & Egerer am Ortseingang entgegen vorheriger Bedenken positiv entwickelt und zu keinen Problemen geführt hat.

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 18:52 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin